

BUND LV Sachsen e.V., Straße der Nationen 122, 09111 Chemnitz

Büro Knoblich GmbH
Heinrich-Heine-Str. 13
15537 Erkner

beteiligung@bk-landschaftsarchitekten.de

Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland
Landesverband Sachsen e.V.

Landesgeschäftsstelle
Straße der Nationen 122
09111 Chemnitz
Tel. +49 0371 301 477

info@bund-sachsen.de
www.bund-sachsen.de

Bearbeiterin: M. Bärenwaldt

Chemnitz, 28. April 2025

Ihr Zeichen: 20-152

Schreiben vom 10. April 2025

Stellungnahme zum 2. Entwurf des Bebauungsplanes „Einzelhandel Otto-von-Guericke-Straße“ gemäß § 13a BauGB der Gemeinde Borsdorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Sachsen e.V., nimmt zum o.g. Vorhaben wie folgt Stellung.

Die Gemeinde Borsdorf plant in der Ortslage Borsdorf die Nachverdichtung der vorhandenen Siedlungsstruktur durch Erweiterung des Nahversorgungsstandortes. Die Gesamtfläche des Plangebietes beträgt ca. 1,86 ha. Der Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes überlagert vollständig ein bereits festgesetztes Gewerbegebiet. Die beplanten Flächen sind größtenteils bereits versiegelt. Unmittelbar angrenzend befindet sich ein Landschaftsschutzgebiet, dessen Grenze angepasst werden soll.

Zum Vorhaben ergehen Hinweise.

1. Unmittelbare Nähe zum Landschaftsschutzgebiet (LSG): Das Plangebiet grenzt unmittelbar an ein LSG an. Gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG sind in solchen Gebieten „alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen“. Auch das SächsNatSchG sieht in § 19 einen besonderen Schutz von LSG vor. Dieser Status ist bei der Umsetzung des Vorhabens unbedingt zu berücksichtigen. Es darf nicht zu einer Beeinträchtigung kommen.

2. Grünordnung: Die das Plangebiet umgebenden Grünstreifen, Hecken und Gehölze sollten erhalten bleiben. Grünordnerische Maßnahmen und ein Pflanzgebot sollten verbindlich festgesetzt werden. Ebenso sollte die Dach- und Fassadenbegrünung vorgesehen werden.

3. Ungenügende Datengrundlage beim Artenschutz: Die Grundlage für die Bewertung des Artenvorkommens im Plangebiet bildet eine Artdatenabfrage bei der Unteren Naturschutzbehörde (UNB). Eine erneute Begehung im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der Aufstellung des Entwurfs des Bebauungsplanes fand nicht statt. Dies ist nachzuholen, um das Artenpotenzial im Plangebiet vollständig zu erfassen und potenzielle Auswirkungen hinreichend abschätzen zu können – insbesondere wegen der angrenzenden Gehölzstrukturen.

4. Schutzgut Avifauna: Ein Vorkommen freibrütender Vogelarten kann im Plangebiet nicht ausgeschlossen werden. Damit ist auch ein Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG nicht sicher auszuschließen. Daher ist u.a. eine ausnahmslose Bauzeitenregelung zwingend erforderlich und

in die textlichen Festsetzungen aufzunehmen. Konkret bedeutet dies einen Verzicht auf Rodungsarbeiten und Baufeldfreimachungen während der Hauptbrut-, Aufzucht- und Aktivitätszeit vom 01. März bis zum 30. September.

5. Schutzgut Boden: Der Großteil der überplanten Flächen ist bereits vollversiegelt. Durch die geplante Erweiterung des Gebäudes des Einkaufsmarktes kommt es jedoch zu einer Mehrversiegelung und damit zu Eingriffen in das Schutzgut Boden. Dies hat Auswirkungen auf den Boden-, Wasser- und Klima-haushalt. Infolgedessen kann der Boden seine natürliche Funktion (Filterung, Speicherung, Grundwasserneubildung etc.) nicht mehr erfüllen. Versiegelte Flächen weisen eine erhöhte Verdunstungsrate und eine verminderte Versickerungs- und Grundwasserneubildungsrate auf. Es gilt daher, die mit dem Vorhaben verbundene Bodenversiegelung auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken und geeignete Vorkehrungen zum Schutz des Bodens (insbesondere des Mutterbodens) vor dem Eindringen schädlicher Stoffe (während und nach der Bauphase) und vor Verdichtung zu treffen. Wir bitten dringend, die Verwendung versickerungsfähiger bzw. wasserdurchlässiger Oberflächenbeläge verbindlich in die textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes aufzunehmen, insbesondere für die neu zu errichtenden Stellplatzflächen sowie ggf. für Gehwege. Auf die Einhaltung der einschlägigen DIN-Vorschriften für Bodenarbeiten und das BBodSchG wird hingewiesen. Darüber hinaus sind Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung der verbleibenden Freiflächen vorzusehen, z.B. durch Entsiegelung von Teilbereichen, Anlage von Gründächern und Fassadenbegrünung. Zusätzlich wird die Pflanzung von Bäumen zur Beschattung der entstehenden Parkplatzfläche empfohlen.

6. Schutzgut Klima: Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zum Schutz des Klimas wurden laut Planungsunterlagen nicht festgelegt. Die Umsetzung des Vorhabens und die damit verbundene Flächenversiegelung hat jedoch eine dauerhafte Veränderung des lokalen Klimas zur Folge. Während der Bauphase ist zudem mit einer Zunahme von Schadstoffimmissionen zu rechnen. Die (Mehr-)Versiegelung des Bodens führt außerdem zu einer erhöhten Verdunstungsrate und damit zu einer stärkeren Erwärmung und geringeren Luftfeuchtigkeit über den betroffenen Flächen. Auch dies hat klimatische Veränderungen zur Folge. Entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahme sind daher unbedingt erforderlich und verbindlich festzusetzen. Hierzu zählen insbesondere die bereits unter Pkt. 5 geforderte maximale Verwendung versickerungsfähiger Oberflächen, die verbindliche Festsetzung von Dach- und insbesondere Fassadenbegrünungen zur Gebäudekühlung, zur Verbesserung des Mikroklimas, zur Förderung der Biodiversität und zur Verbesserung der Luftqualität, sowie die Pflanzung zusätzlicher schattenspendender Bäume.

Weiterhin ist mit einem zusätzlichen Verkehrsaufkommen, insbesondere auch durch Lkw-Verkehr zur Anlieferung, zu rechnen. Wir sprechen uns dafür aus, Maßnahmen zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens und der Emissionen zu entwickeln. Hierzu gehört insbesondere die Förderung des ÖPNV und des Radverkehrs sowie die Optimierung der Logistikprozesse. Zusätzlich fordert der BUND die Nutzung erneuerbarer Energien für die Energieversorgung der Betriebserweiterung, um den CO₂-Fußabdruck des Vorhabens zu minimieren und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Wir bitten um eine Nachreichung der fehlenden Informationen und um Berücksichtigung der dargestellten Hinweise.

Mit verBUNDenen Grüßen



Helen Garber
Landesgeschäftsführerin